

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com ISSN 0030-6428 (Print)
ISSN 2509-3444 (Online)

OSTEUROPA wird ausgewertet von: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Scopus, Social Science Citation Index, World Affairs Online (WAO), Worldwide Political Science Abstracts.

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzka, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster. An diesem Heft hat Jonas Lang mitgearbeitet.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82
Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; <www.zeitschrift-osteuropa.de>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO)

Vorstand: Ruprecht Polenz (Präsident), Dr. Sabine Fischer, Prof. Dr. Caroline von Gall, Karoline Gil, Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Prof. Dr. Joachim von Puttkamer, Prof. Dr. Michael Rochlitz, Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Prof. Dr. Anja Tippner, Dr. Susann Worschech

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12
info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>

Konto: DGO, DE85 1008 0000 0414 8630 00, DRES DE FF 100. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo: 102,00 € (print oder digital), 133,00 € (print und digital);
für Mitglieder der DGO & Studierende: 57,00 € (print oder digital), 111,00 € (print und digital);
Einzelhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 € (zzgl. Porto)

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 17,00 €; im Ausland 38,00 €;
für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 3,00/4,50 €;
für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 4,00/8,00 €.

Verlag & Vertrieb: Berliner Wissenschafts-Verlag, ein Imprint der Franz Steiner Verlag GmbH,
Maybachstr. 8, 70469 Stuttgart, +49 (0)711/25 82-204, service@bwv-verlag.de

Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.):
Härtetest. Die Ukraine in Zeiten des Kriegs
Berlin 2025 [= OSTEUROPA, 11-12/2025]
336 Seiten, 45 Abbildungen, sieben Karten
Preis: 28,00 €, ISBN 978-3-8305-5668-8

Titelbild: Das Cover zeigt die Graphik „Stop the War“, 2022, von der ukrainischen Illustratorin Nataliia Shulga, Ukraine

Druck: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Wir bemühen uns, die Urheber- und Reproduktionsrechte zu wahren. Sollte dies nicht in jedem Falle gelungen sein, so bitten wir Rechteinhaber um Kontaktaufnahme, um Ansprüche abzugelten.

© OSTEUROPA/DGO Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

osteuropa

75. JAHRGANG / HEFT 11-12 / 2025

Härtetest Die Ukraine in Zeiten des Kriegs

<i>Editorial</i>	Kriegsverbrechen contra Bürgersinn	5
<i>Ulrich Schmid</i>	Vorbild Italien Wege der ukrainischen Nationsbildung	7
<i>Andrii Portnov</i>	Konflikt und Dialog Ukrainer, Russen und die ukrainische Frage	27
<i>Volodymyr Jermolenko</i>	„Wir dürfen das Vertrauen in uns nicht verlieren“ Über Sprache und Kultur in der Ukraine	55
	Krieg und Staat	
<i>Nico Lange</i>	„Der Krieg formt die Politik“ Über Logistik und Logik des Kriegs	61
<i>Andreas Heinemann-Grüder</i>	Wie Kriege (nicht) enden Russland, die Ukraine und die Sicherheit	69
<i>Nikolay Mitrokhin</i>	Russlands Krieg gegen die Ukraine Wochenberichte von Januar bis März 2026	89
<i>András Rácz</i>	Forcierter Rüstungswettlauf Russland und die Ukraine im Drohnenkrieg	113
<i>Oleksandra Tarkhanova</i>	Kollaboration oder Existenzsicherung Das ukrainische Strafrecht und die Besatzung	121
<i>Aleksander Palikot Jerzy Sobotta</i>	Von „Falken“ und „Raketen“ Militärisch-patriotische Erziehung im Krieg	131

Wirtschaft und Gesellschaft

<i>Garry Poluschkin</i>	Reorientierung, Reformen, Resilienz Die ukrainische Wirtschaft seit 2014	143
<i>Roland Götz</i>	Die internationale Ukraineunterstützung Ergebnisse des Ukraine Support Tracker	163
<i>Stephan von Cramon</i>	Umgepflügt	
<i>Salome Gelashvili</i>	Die ukrainische Landwirtschaft im Krieg	171
<i>Ella Libanova</i>	Demographie im Krieg Flucht, Fertilität, Mortalität	189
<i>Maryna Rabinovych</i>	Multipler Druck Wissenschaft & Forschung in der Ukraine	201
<i>Florian Hassel</i>	Unter Beschuss Die Ukrainische Eisenbahn	213
<i>Mariia Tsaturian</i>	Das Ungeheuer besiegen Korruption im ukrainischen Energiesektor	221
<i>Heiko Pleines</i>	Unter Druck, aber nicht am Ende Ukrainische Oligarchen in Zeiten des Krieges	235
<i>Roland Götz</i>	Asymmetrische Interdependenz Die Energiebeziehungen der Ukraine mit Russland nach dem Ende der Sowjetunion	247
<i>Bastian Veigel</i>	Rückgrat des Widerstands Die Kommunen in der Ukraine	267
<i>Oksana Huss</i>	Resilienztest	
<i>Oleksandra Keudel</i>	Ukrainische Kommunen im Krieg	277
<i>Oksana Chorna</i>	Das Elend lindern	
<i>Heiko Pleines</i>	Sozialpolitik in Kriegszeiten	287
<i>Kostiantyn Fedorenko</i>	Das Erbe des Majdan Ukrainisches Engagement in Europa	295
<i>Susann Worschech</i>	Aufbruch, Umbruch oder kurze Mode? Ukraineexpertise in Deutschland 1991–2025	309

Karten im Einschub

Ukraine: Ungenutzte Landwirtschaftsfläche 2021–2025	176/177
Stromversorgung in der Ukraine Kraftwerke und Leitungsnetz	176/177
Russlands Angriffe auf das Eisenbahnnetz	176/177
Erdgaspipelines aus Russland nach Europa	176/177

Abstracts

330

Ulrich Schmid

Vorbild Italien

Wege der ukrainischen Nationsbildung

Die ukrainische Geschichte war über Jahrhunderte von regionalen Differenzen und Gegensätzen geprägt. Die Vordenker der ukrainischen Nationalbewegung sahen Galizien als Kristallisationspunkt eines zukünftigen ukrainischen Staats. Sie hatten die Rolle Piemonts bei der italienischen Einigung im Blick. Der heutige ukrainische Staat ist auf anderen Wegen entstanden, für die Nationsbildung blieb das italienische Modell jedoch Vorbild. Russlands Aggression seit 2014 hat zu einer Überwindung alter Ost-West-Gegensätze geführt. Die Identifikation mit dem ukrainischen Staat ist heute in allen nicht von Russland besetzten Gebieten hoch. Konkurrierende Modelle für eine zukünftige Entwicklung des Lands sind nicht mehr an Regionen gebunden.

In der Ukraine haben große Teile der Bevölkerung ein ausgeprägtes regionales Selbstverständnis. Dies gilt besonders für Galizien. Die Region gehörte mit ihrer Hauptstadt L'viv ab dem frühen 19. Jahrhundert zur Habsburger Monarchie und von 1918–1939 zu Polen. Galizien ist zugleich das Kernland der Idee einer eigenständigen ukrainischen Nation, die nicht lediglich ein Autonomiegebiet innerhalb eines fremden Staates darstellen soll.

In anderen Regionen der heutigen Ukraine war ein solches ukrainisches Selbstverständnis weniger stark ausgeprägt. Zudem unterschied sich das jeweilige regionale Selbstverständnis stark von dem galizischen. Um dieser regionalen Vielfalt Rechnung zu tragen, schlug 1920 der Historiker und Führer der ukrainischen Nationalbewegung Mychajlo Hrushevs'kyj die Gründung von „Vereinigten Staaten der Ukraine“ vor.¹ Seine Idee scheiterte an den militärischen und politischen Realitäten. Im Vertrag von Riga, der 1921 den polnisch-sowjetischen Krieg beendete, wurden der Donbass sowie die Zentralukraine der Sowjetukraine zugeschlagen, Wolhynien und Galizien hingegen Polen. Bereits zuvor war Transkarpatien an die neugegründete Tschechoslowakei und die Bukowina an Rumänien gefallen.²

Ulrich Schmid (1965), Dr. phil., Slavist, Professor für Osteuropastudien, Universität St. Gallen. Von Ulrich Schmid erschien in OSTEUROPA zuletzt: Postkolonialismus und kein Ende? Die Ukraine als Testfall für theoretische Alternativen, in: OE, 12/2023, S. 97–112. – Im Spiegelkabinett des Krieges. Zelens'kyjs und Putins politische Rhetorik, in: OE, 12/2022, S. 95–104.

¹ Mychajlo Hrushevs'kyj: Ukrains'ka partija socialistiv-revoljucioneriv ta iji zavdannja, in: Ders.: Čto taki ukrajinci i čoho vony chočut'. Kyjiv 1991, S. 225–236, 231ff.

² Stephan Rindlisbacher: The territory of Ukraine and its history. in: Olena Palko, Manuel Férez Gil (Hg.): Ukraine's Many Faces. Land, People, and Culture Revisited. Bielefeld 2023, S. 165–174. – Ders.: Borders in red. Managing diversity in the Early Soviet Union. Ithaca, London 2025, S. 63–92. – Olena Palko, Constantin Ardeleanu (Hg.): Making Ukraine. Negotiating, contesting, and drawing the borders in the twentieth century. Montreal, London, Chicago 2022.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden auch die westlichen Teile des Landes der Sowjetukraine eingegliedert. Auch Transkarpatien und die Nordbukowina wurden sowjetisch. Nun galt jeder Einwohner als Sowjetbürger. Die Brežnev-Verfassung von 1977 sprach sogar von der Existenz eines „Sowjetvolkes“. Debatten über eine regionale oder sogar eine gesamtukrainische nationale Identität wurden unterdrückt. In der schon wankenden späten Sowjetunion machte sich auch der ukrainische Regionalismus wieder bemerkbar. Am 17. März 1991 wurde in den sowjetischen Teilrepubliken ein Referendum über die Erhaltung der Sowjetunion abgehalten. In der gesamten Sowjetukraine stimmten 70 Prozent dafür; in Galizien aber nur 18 Prozent. wDort wurde eine zusätzliche Frage auf den Stimmzettel gesetzt: „Wollen Sie, dass die Ukraine ein unabhängiger Staat wird, der unabhängig in inneren und äußeren Angelegenheiten entscheidet und allen Bürgern gleiche Rechte ohne Rücksicht auf nationale oder religiöse Zugehörigkeit gewährt?“ Diese Frage erhielt eine Zustimmung von 88 Prozent.³

Mit dem Zerfall der Sowjetunion entstand erstmals ein lebensfähiger unabhängiger ukrainischer Staat. Nun tauchte allerdings auch die Frage nach den regionalen Identitäten wieder auf. Die Zentralregierung in Kiew wollte weiterhin von ihren sowjetischen Prärogativen profitieren, während in den Regionen Rufe nach mehr Kompetenzen laut wurden.⁴ Der konfliktreiche Umgang mit dem Verhältnis von Einheit und Vielfalt spiegelt sich in der Verfassung von 1996. In Artikel 2 heißt es: „Die Ukraine ist ein unitarischer Staat.“ Erst in Artikel 132 wird dieser Grundsatz relativiert:

Die territoriale Gliederung der Ukraine ist auf den Prinzipien der Einheit und Integrität des Staatsgebiets, der Verbindung von Zentralisierung und Dezentralisierung bei der Ausübung der Staatsgewalt und der ausgeglichenen und die historischen, wirtschaftlichen, geographischen und demographischen Besonderheiten sowie die ethnischen und kulturellen Traditionen berücksichtigenden sozialökonomischen Entwicklungen der Regionen gegründet.

Besonders schwierig war der Umgang mit der Krim, wo es Anfang der 1990er Jahre separatistische Bewegungen gab, die entweder die Unabhängigkeit oder einen Anschluss an Russland anstrebten. Die Krim konnte nach langer Diskussion durch einen Kompromiss eingebunden werden. In der „Verfassungsnacht“ vom 27. auf den 28. Juni 1996 gewährte das Parlament der Krim den Status einer „autonomen Republik“.⁵ Seither trägt das Kapitel X der ukrainischen Verfassung den Titel „Die Autonome Republik Krim“. Damit wurde zwar ein innerer Widerspruch geschaffen: In einem unitarischen Staat gibt es eigentlich keinen legalen Ort für eine „Autonome Republik“. Allerdings konnten mit dieser pragmatischen Lösung sowohl die Einheit des ukrainischen Staates als auch die Autonomieansprüche der Krim gewahrt werden.⁶

³ <https://uk.wikipedia.org/wiki/Всесоюзний_референдум_про_збереження_СРСР> – <www.sudd.ch/event.php?id=ua011991>.

⁴ Nataliya Kibita: The institutional foundations of Ukrainian democracy. Power Sharing, regionalism and authoritarianism. Oxford, New York 2025, S. 256–286.

⁵ Kataryna Wolczuk: The Moulding of Ukraine. The Constitutional Politics of State Formation. Budapest, New York 2001, S. 202ff.

⁶ Gwendolyn Sasse: The Crimea Question. Identity, Transition and Conflict. Cambridge, Mass. 2007, S. 175ff.

In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde angesichts der regionalen Unterschiede immer wieder über eine Föderalisierung der Ukraine nachgedacht.⁷ Seit 2014 ist eine solche Vorstellung jedoch diskreditiert. Nachdem Russland die Krim annektiert und den Krieg im Osten der Ukraine angefangen hatte, forderte Moskau einen Sonderstatus für die unter seiner Kontrolle stehenden Gebiete Donec'k und Luhans'k.

Doch auch wenn von einer Föderalisierung keine Rede mehr war, entwickelte sich das Selbstverständnis der Ukrainer nach 2014 weiter dynamisch. Je nach Zeit und Ort war mal ein regionales, mal ein nationales Selbstverständnis stärker ausgeprägt. Diese beiden Identitäten schließen sich keineswegs aus, sie können sich ergänzen und sogar wechselseitig verstärken.

Unterschiede zeigten sich etwa beim Verhältnis zum Erbe der Sowjetunion. In den 1990er Jahren distanzierten sich in Wolhynien, Galizien und Transkarpatien deutlich mehr Menschen von dem untergegangenen Imperium, als dies in anderen Regionen der Ukraine der Fall war. Dies zeigte sich am Umgang mit den Lenin-Denkmalen. In den drei westlichen Regionen wurden die meisten von ihnen bereits nach der Auflösung der Sowjetunion beseitigt. In den anderen Landesteilen blieb Lenin meist auf seinem Sockel. Viele Menschen hielten noch am sowjetischen Mythos fest, dass Lenin die ukrainische Staatlichkeit begründet habe. Sogar in Kiew war diese nostalgische Vorstellung noch relativ lange lebendig. Die Lenin-Statue auf dem heutigen Bessarabischen Platz wurde erst im Dezember 2013 gestürzt. Und selbst damals gab bei Umfragen noch eine Mehrheit der befragten Hauptstadtbewohner an, nicht mit der Entfernung des Denkmals einverstanden zu sein.⁸



Kiew, Bessarabischer Platz, 24.11.2013

⁷ Jørn Holm-Hansen, Sabine Kropp: The Regional Diversity of Ukraine: Can Federalization Be Achieved? In: Aadne Aasland, Sabine Kropp (Hg.): The Accommodation of Regional and Ethno-cultural Diversity in Ukraine. Cham 2021, S. 23–52.

⁸ Nur 13 Prozent befürworteten den Sturz des Denkmals, 69 Prozent waren dagegen, 15 Prozent war es gleichgültig. Attitude of residents of Kiev to removal of Lenin's monument. RGB group 29.12.2013, <<https://web.archive.org/web/20131229030347/>>, <http://rb.com.ua/PR_Lenin_2013_engl.pdf>. – Attitudes towards „Leninopad“ in interview responses of Euromaidan participants, 2013–2014, <<https://edu.lvivcenter.org/en/documents/attitudes-towards-leninopad-2/>>.

Für die Entfernung der Lenin-Denkmäler, die nicht während der Majdan-Revolution gestürzt worden waren, sorgte das ukrainische Parlament mit den „Dekommunisierungsgesetzen“ von 2015. Sie verboten das Gedenken an den russischen Revolutionsführer, und die Denkmäler mussten in allen unter der Kontrolle Kiews stehenden Landesteilen entfernt werden.⁹

Wie viele Ukrainen?

Die Diskussion über regionale Unterschiede und Gegensätze in der Ukraine war lange Zeit von der umstrittenen Denkfigur der „zwei Ukrainen“ geprägt. Als wichtigste Exponenten in dieser Debatte traten der Publizist Mykola Rjabčuk und der Historiker Jaroslav Hrycak auf. Bereits 1992 stellte Rjabčuk in einem vielbeachteten Aufsatz die Frage nach einer möglichen Zweiteilung der Ukraine, in der es zwei gegensätzliche Zentren gebe: ein proeuropäisches, ukrainischsprachiges L'viv und ein prorussisches, russischsprachiges Donec'k. Rjabčuk ging davon aus, dass sich die beiden Nationskonzepte überlappen. 2003 veröffentlichte er sein Buch *Zwei Ukrainen: Reale Grenzen, virtuelle Kriege*.¹⁰ Hier erweiterte Rjabčuk seinen Ansatz um einen weiteren Aspekt: Die Westukraine halte an modernen europäischen Idealen fest, während der Osten durch eine „kreolisierte“ russisch-ukrainische Identität gekennzeichnet sei. Dabei hob Rjabčuk die Bedeutung etwa der historischen Ostgrenze der polnisch-litauischen Adelsrepublik hervor. Nach der russischen Annexion der Krim und der verdeckten Aggression in der Ostukraine überdachte Rjabčuk seinen Ansatz. Er erklärte, der verdeckte Krieg Russlands gegen die Ukraine habe einen zivilen ukrainischen Nationalismus befördert, der stärker als ethnische, kulturelle oder sprachliche Identitäten sei.¹¹

Rjabčuks dichotomischer Ansatz wurde von Jaroslav Hrycak in Frage gestellt. 1994 führte Hrycak in L'viv und Donec'k eine soziologische Befragung durch. Zwar fand auch er tiefgreifende Unterschiede im Selbstverständnis der Menschen in diesen beiden Städten. Gleichzeitig ergaben die Fragen, auf die mehrere Antworten gegeben werden konnten, ein viel differenzierteres Bild. In L'viv gaben 73 Prozent der Befragten an, sie sähen sich als Ukrainer, 69 Prozent wählten „Einwohner von L'viv“, nahezu alle Frauen betonten ihr Selbstverständnis als Frau (46 Prozent), gut ein Drittel (38 Prozent) definierte sich auch über die Zugehörigkeit zur Unierten Kirche.

In Donec'k hingegen gaben 39 Prozent an, sie sähen sich als Ukrainer – ebenso viele taten kund, ihr Selbstverständnis sei sowjetisch (40 Prozent). Am häufigsten wählten die Befragten jedoch die Antwort „Einwohner von Donec'k“ (55 Prozent). Auch in Donec'k war eine weibliche Identität für alle Frauen ein wichtiger Teil ihres Selbstverständnisses.

⁹ Florian Peters: Roter Mohn statt Rotem Stern. „Entkommunisierung“ der Geschichtskultur in der Ukraine, in: OSTEUROPA, 3/2016, S. 59–77. – Gerhard Simon: „Good Bye, Lenin“. Die Ukraine verbietet kommunistische Symbole, in: OSTEUROPA, 3/2016, S. 79–94. – Oleksandra Hajdaj: Kam'jannyi hist'. Lenin u central'nyj Ukrajini. Kyjiv 2018.

¹⁰ Mykola Rjabčuk: Two Ukraines? In: East European Reporter, 4/1992, S. 15–20. – Ders.: Dvi Ukrajyny: real'ni meži, virtual'ni vijny. Kyjiv 2003.

¹¹ Mykola Riabchuk: „Two Ukraines“ Reconsidered: The End of Ukrainian Ambivalence? In: Studies in Ethnicity and Nationalism, 15/2015, S. 138–156.

Dieses Ergebnis bestätigte einige Klischees, widerlegte aber andere. In L'viv war bereits damals ein ukrainisches Nationsbewusstsein stark ausgeprägt, vor allem unter den Angehörigen der griechisch-katholischen (unierten) Kirche. Allerdings zeigte sich auch in Donec'k eine weite Verbreitung der ukrainischen Identität, die allerdings in der Umfrage nicht näher definiert wurde. In beiden Fällen war die Verbundenheit mit der Heimatstadt sehr stark ausgeprägt. Eine wichtige Erkenntnis des L'viv-Donec'k-Projekts war, dass der Sprache nur eine geringe Bedeutung bei der Unterstützung des ukrainischen Nationalprojekts zukam. Hrycak fand heraus, dass viele Befragte viel eher ihren sozialen Status über die Verwendung der ukrainischen oder russischen Sprache definierten. Beide Regionen befürworteten die territoriale Integrität der Ukraine, wahrscheinlich weil der erste Tschetschenienkrieg in Russland den Ukrainern die möglichen blutigen Folgen von Separatismus vor Augen geführt hatte.

Schließlich stellte Hrycak fest, dass nicht diejenigen, die sich als „russisch“ verstanden, die stärksten Vorbehalte gegen das ukrainische Nationalprojekt hatten, sondern diejenigen, die sich als „sowjetisch“ betrachteten. Hrycak kam zu dem Schluss, dass der Erfolg der ukrainischen Nationsbildung in entscheidendem Maße davon abhängt, ob es gelingt, einen integrativen Ersatz für die schwindende sowjetische Identität zu finden.¹² Hrycak hob hervor, dass das Selbstverständnis der Menschen nicht auf einfache Formeln zu bringen sei. Wer angab, russischsprachig zu sein, identifizierte sich nicht unbedingt als ethnischer „Russe“. Für viele war Zugehörigkeit zu einer Stadt oder Region wichtiger als die Nationalität, soziale Identifikationen konnten die Folge politischer Gleichgültigkeit sein. Als kritische und ironische Antwort auf Rjabčuks Konzept der „zwei Ukrainen“ veröffentlichte Hrycak 2002 einen Artikel über die „zweiundzwanzig Ukrainen“.¹³ Er schlug im Gegensatz zu Rjabčuks West-Ost-Dichotomie eine facettenreiche und differenzierte Sichtweise auf die Ukraine vor. Hrycaks Ansatz wurde durch die Ergebnisse einer Umfrage bestätigt, die im Jahr 2010, also deutlich vor dem Euromajdan durchgeführt wurde und das Ziel verfolgte, die wahrgenommenen Unterschiede zwischen den ukrainischen Regionen zu ermitteln. Die Ergebnisse waren asymmetrisch: Im Westen und im Zentrum waren zwischen 15 und 20 Prozent der Respondenten der Auffassung, dass es keine wesentlichen Widersprüche zwischen den ukrainischen Regionen gebe. Im Donbass vertraten hingegen 58 Prozent der Befragten die Position, dass es solche Widersprüche gebe.¹⁴ Was es bedeutet, Ukrainerin oder Ukrainer zu sein, wird in Galizien, in der Zentralukraine, in Transkarpatien, in der Bukowina oder im Donbass unterschiedlich definiert. Nationale Identitäten standen in der Ukraine historisch gesehen oft in starkem Wettbewerb mit sozialen Zugehörigkeiten, die regional stark variierten. Polnische Aristokraten wie Wołodmyr Antonowicz (1834–1908) oder Waclaw Lipiński (1882–1931) entschieden sich dafür, eine ukrainische Identität anzunehmen und verliehen dem nationalen Projekt eine ideologische Erzählung, während in anderen Fällen „Ukrainer“ zu sein oft nur bedeutete, dem Bauernstand anzugehören.

Außerdem lassen die soziologischen Umfragen oft eine Ambiguität zu. Was bedeutet es, wenn sich jemand als „ukrainisch“ bezeichnet? Ist eine ethnische Zugehörigkeit oder eine staatsbürgerliche Identität gemeint? Eine Längsschnittstudie, die 1994 begann und

¹² Jaroslav Hrycak: National Identities in Post-Soviet Ukraine: The Case of Lviv and Donetsk, in: Harvard Ukrainian Studies, 22/1998, S. 263–281, v. a. S. 267, 270 und S. 275.

¹³ Jaroslav Hrycak: Dvadcat' dvi Ukrajyny, in: Krytyka, 4/2002, S. 3–6.

¹⁴ Regiony Ukrainy: Čto nas raz-edinjaet i čto ob-edinjaet. Mnenija sociologov, in: Ab imperio, 3/2014, S. 123–160, 126.

2010 endete, führte bei der letzten Befragungswelle im Jahr 2010 den Unterschied zwischen „Ukrainer“ und „Bürger der Ukraine“ ein. Das Ergebnis war, dass die Selbstzuschreibung „Bürger der Ukraine“ auch im Donbass den ersten Rang belegte (zuvor hatten sich die meisten Befragten am stärksten als „Bürger meiner Stadt“ identifiziert).¹⁵ Die Sprachenfrage wird in den ukrainischen Regionen unterschiedlich diskutiert. Auch hier muss man sich vor einfachen Dichotomien hüten. Die ukrainische Sprache wird in L'viv, Kiew oder Charkiv unterschiedlich gesprochen. In der Zentral- und Ostukraine gibt es zwischen dem Ukrainischen und dem Russischen ein Sprachkontinuum, das als „Suržyk“ bezeichnet wird. Es handelt sich um eine Mischsprache mit variierenden Anteilen aus dem Russischen und Ukrainischen. Nach 2014 und noch mehr nach 2022 wuchs auch in der Ostukraine der Anteil der Menschen, die sich in verschiedenen Situationen der ukrainischen Sprache bedienen.¹⁶

In religiöser Hinsicht ist die Situation noch komplexer. Es gibt drei konkurrierende Kirchen mit östlichem Ritus: Die unierte Kirche hat ihren Ursprung in Galizien, aber 2005 verlegte sie den Sitz nach Kiew, um ihre allukrainische Bedeutung zu reklamieren. Die Orthodoxe Kirche der Ukraine wurde 2019 gegründet, dieser Akt wurde vom damaligen Präsidenten Petro Porošenko als „zweite Unabhängigkeitserklärung“ gefeiert. Die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats ist seit 2014 immer stärker unter Druck gekommen. Durch den zunächst verdeckten und dann offenen Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich auch das konfessionelle Selbstverständnis vieler Ukrainer verändert. In einer Umfrage von 2013 bezeichnete sich noch ein Drittel der befragten Gläubigen als „einfach orthodox“, also ohne Unterscheidung des Patriarchats.¹⁷ Nach 2022 befürwortete nicht nur im Westen, sondern auch im Osten eine Mehrheit der Befragten ein Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Im August 2024 wurde diese Kirche tatsächlich verboten.¹⁸

Vom West-Ost-Gefälle zum gesellschaftlichen Konsens

Die Annexion der Krim und der verdeckte militärische Angriff Russlands in der Ostukraine setzten 2014 eine Dynamik in Gang, die mit dem offenen Überfall 2022 noch einmal verstärkt wurde. Bei zahlreichen Umfragen hatte sich in der unabhängigen Ukraine – wie von Rjabčuk beschrieben – in der Tat ein West-Ost-Gefälle gezeigt. Die ehemals habsburgische und später polnische Westukraine war deutlich wertkonservativer, religiöser und europafreundlicher eingestellt als die Ostukraine. Solche Unterschiede waren nicht nur zwischen dem äußersten Westen und dem äußersten Osten zu beobachten, sondern auch zwischen anderen Regionen des Landes.

¹⁵ Viktoriya Sereida: Zugehörigkeiten im Wandel. Regionalismus, Identitäten und sprachliche Landschaft der heutigen Ukraine, in: Alexander Meinenberger, Sandra King-Savić, Katharina Biegger (Hg.): Mit Osteuropa denken: Kultur, Wissenschaft, Politik. Berlin 2025, S. 445–482, hier 456.

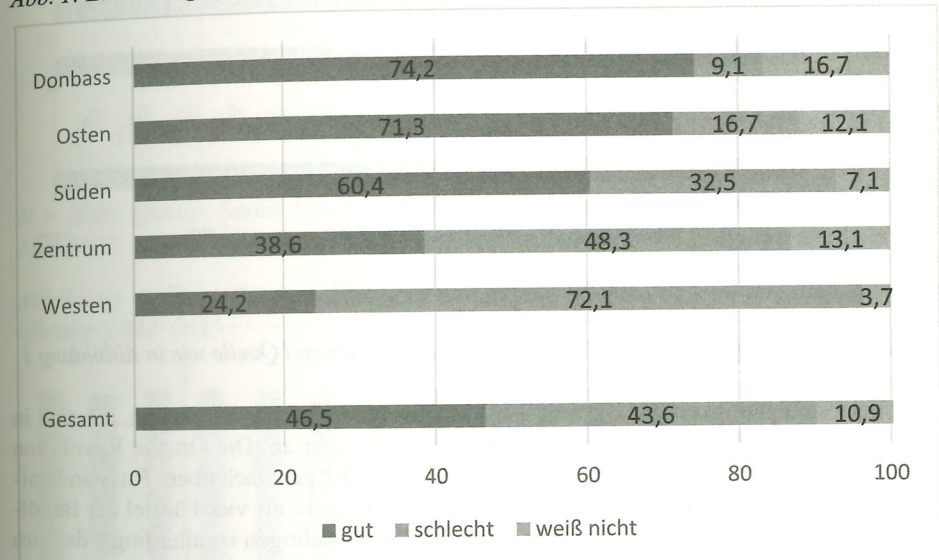
¹⁶ Volodymyr Kulyk: Language Shift in Time of War: The Abandonment of Russian in Ukraine, in: Post-Soviet Affairs, 1/2024, S. 159–174. – Ders.: Die Sprache des Widerstands. Der Krieg und der Aufschwung des Ukrainischen, in: OSTEUROPA, 6–8/2022, S. 237–248. – Ders.: Einheit und Identität. Sprachenpolitik nach dem Majdan, in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 227–238.

¹⁷ Catherine Wanner, Viktor Yelensky: Religion and the Cultural Geography of Ukraine, in: Ulrich Schmid, Oksana Myshlovska (Hg.): Regionalism without regions. Reconceptualizing Ukraine's Heterogeneity. Budapest, New York 2019, S. 247–296, hier S. 277.

¹⁸ Svitlana Salnikova, Yuriy Savelyev: The role of political institutions in the religious sphere before and during the Russo-Ukrainian war: National security vs. freedom of religion. In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 38/2025, S. 11–27, hier 22.

Noch 2006 sahen Befragte in der Ostukraine mehr Gemeinsamkeiten mit den Russen als mit den Westukrainern. Mittlerweile werden die Russen in allen Regionen der Ukraine als „fremd“ wahrgenommen. Die perzipierte Ähnlichkeit der eigenen Region mit den übrigen ukrainischen Regionen hat einer Studie von 2024 zufolge fast überall zugenommen.¹⁹ Noch 2019 hatten Umfragen zur Einstellung zu Russland und seiner Bevölkerung deutliche Unterschiede zwischen den ukrainischen Regionen gezeigt. Im Westen bekundeten drei Viertel der Befragten, ein „schlechtes“ Verhältnis zu Russland zu haben, im Donbass und im Osten war es genau umgekehrt. Eine annähernd gleichmäßige Verteilung fand sich im Zentrum mit der Hauptstadt Kiew, wo ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung lebt und wo sich die Wirtschaftsleistung des Landes konzentriert. Möglicherweise war diese Gemengelage auch Ausdruck der Magnetwirkung der Hauptstadtregion auf Arbeitsmigranten aus den übrigen ukrainischen Regionen. Dies zeigt, dass es falsch ist, für die Zeit vor 2022 von einem „ambivalenten“ Verhältnis der Ukrainer zu Russland zu sprechen. Vielmehr war das Verhältnis in den einzelnen Regionen auf je eigene Weise klar.

Abb. 1: Einstellung zu Russland und seiner Bevölkerung in den Regionen der Ukraine 2019

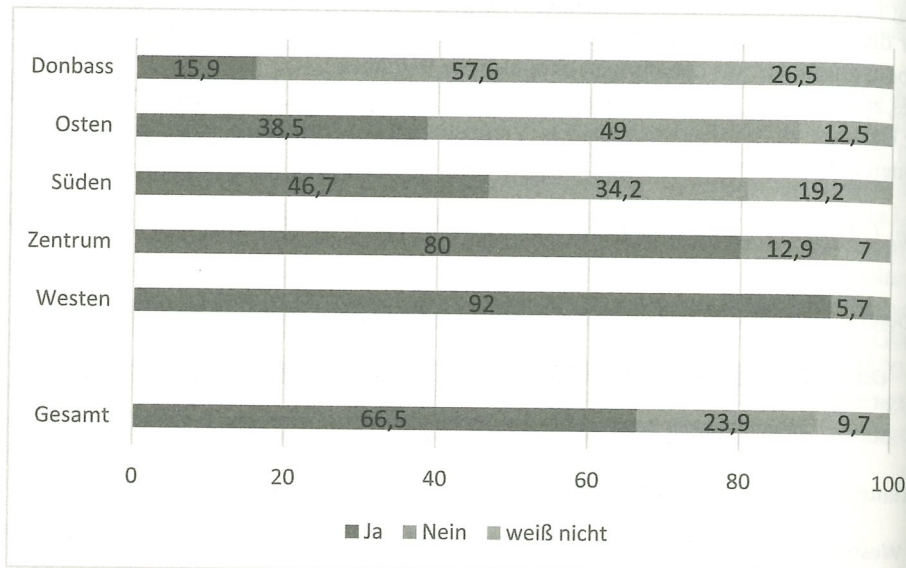


„Wie ist Ihr Verhältnis zu Russland?“ Repräsentative Umfrage im Juli 2019, N = 2000. Als Osten sind hier die Gebiete Charkiv, Luhans'k und Donec'k definiert; als „Süden“ die Gebiete Dnipropetrovs'k, Zaporizžja, Cherson, Mykolajiv und Odessa; als „Westen“ Volyn', Rivne, L'viv, Ternopil', Chmel'nyč'kyj, Ivano-Frankivs'k, Zakarpatt'e. Auf der Krim und in den besetzten Teilen des Donbass wurde keine Umfrage erhoben. Quelle: Suspil'no-polityčni nastroji naselemlja Ukraïny: lipen' 2019, <<https://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=875>>.

¹⁹ The identity of Ukraine's citizens: trends of change (June, 2024), <<https://razumkov.org.ua/en/component/k2/the-identity-of-ukraine-s-citizens-trends-of-change-june-2024>>.

Ein etwas komplizierteres Bild ergab im Jahr 2019 die Frage, ob Russland ein „Aggressor“ sei. Gemeint war damals die Annexion der Krim und Russlands verdeckter Krieg im Donbass. Das West-Ost-Gefälle zeigte sich hier noch deutlicher. Der Westen stimmte diesem Urteil mit überwältigender Mehrheit zu. Im Donbass teilte dagegen nur ein Sechstel diese Einschätzung. Solche Analysen zeigen, dass der Unterschied zwischen dem Westen und Osten der Ukraine sich vor dem offenen Überfall in unterschiedlichen Formen und Intensitäten äußern konnte.

Abb. 2: „Russland ist ein Aggressorstaat.“ – Zustimmung in den Regionen der Ukraine 2019



Repräsentative Umfrage im Juli 2019, N = 2000. Regionen und Quelle wie in Abbildung 1

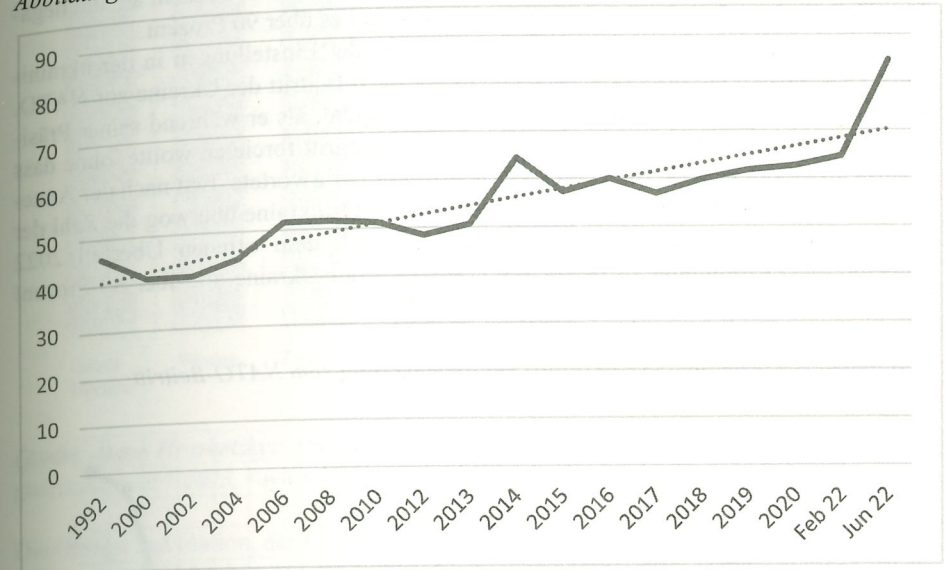
Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1992 wuchs der Anteil der Menschen, die sich in erster Linie als „Bürger der Ukraine“ sehen, immer weiter an. Die Orange Revolution 2004 und der Euromajdan 2013/2014 führten zu Ausschlägen nach oben. Russlands offener Überfall im Februar 2022 führte dann dazu, dass mehr als vier Fünftel der Bevölkerung dieses Selbstverständnis bekundeten. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass im ersten Kriegsjahr 2022 knapp jeder zehnte Erwachsene die Ukraine verlassen hat und dass in den 2022 neu besetzten Gebieten – wo sich in den Jahren zuvor stets weniger Befragte als „Bürger der Ukraine“ gesehen hatten als im Landesdurchschnitt – keine Umfragen mehr stattfinden konnten.²⁰

Regionale Unterschiede waren zum Zeitpunkt dieser Befragung nicht mehr zu beobachten. Auch im Osten sahen sich mehr als 80 Prozent in erster Linie als „Bürger der Ukraine“ und auch dort nur noch gut sechs Prozent primär als „Bürger des Heimatdorfs oder der Heimatstadt“, sowie fünf Prozent als „Weltbürger“. Jedoch gilt auch hier die Einschrän-

²⁰ Serhii Dembitskyi: Indicators of national-civic Ukrainian identity, 16.8.2022, <www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1131&page=1>.

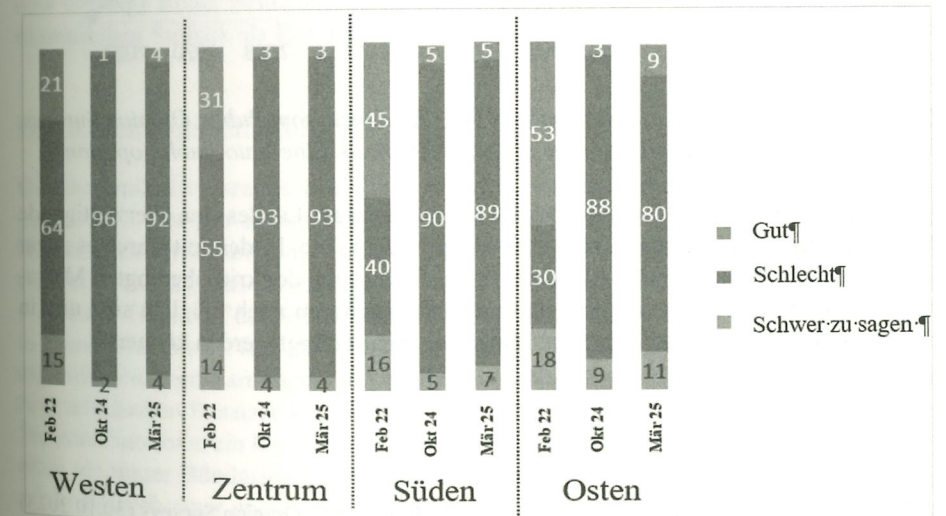
kung, dass genau jene Regionen, in denen sich stets mehr Menschen als im gesamtukrainischen Durchschnitt einer lokalen oder globalen Gemeinschaft zugeordnet hatten, nicht erfasst werden konnten.

Abbildung 3: „Ich sehe mich in erster Linie als Staatsbürger der Ukraine“, in Prozent



N = 2000. Quelle: Serhii Dembitskyi: Indicators of national-civic Ukrainian identity, 16.8.2022, <www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1131&page=1>

Abbildung 4: Einstellung zu Russland und seiner Bevölkerung in den Regionen der Ukraine 2022–2025

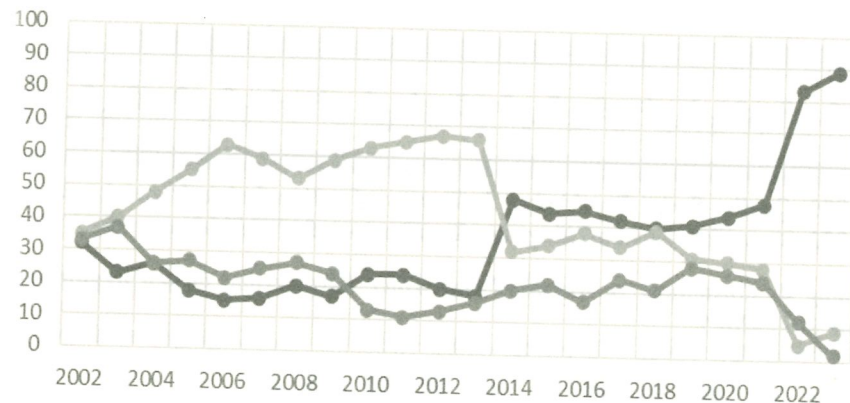


Quelle: Anton Hrušec'kyj: „My i bez sveta bačymo, ščo vy ...“: Stavlennja ukrajinciv do Rosji i Rosjan, 24.10.2025

Das Russlandbild hat sich nach dem Überfall im Februar 2022 wenig überraschend überall in der Ukraine stark verschlechtert. Kurz vor dem Großangriff hatte sogar im Westen des Landes noch 21 Prozent der Befragten angegeben, eine „gute“ Einstellung zu Russland und seiner Bevölkerung zu haben. Im Zentrum waren es 31 Prozent, im Süden 45 Prozent und im Osten 53 Prozent. Heute geben auch im Osten 80 Prozent an, ein negatives Verhältnis zu Russland zu haben, im Westen sind es über 90 Prozent.

Besonders deutlich zeigt sich die Homogenisierung der Einstellungen in der ukrainischen Gesellschaft bei der Frage nach einem etwaigen Beitritt der Ukraine zur NATO. Noch Viktor Juščenko verspielte viel politisches Kapital, als er während seiner Präsidentschaft (2005–2010) einen ukrainischen NATO-Beitritt forcieren wollte, ohne dass eine Mehrheit der Bevölkerung einen solchen Schritt befürwortete. Erst nach der Annexion der Krim und der verdeckten Aggression in der Ostukraine überwog die Zahl der NATO-Befürworter jene der NATO-Skeptiker. Nach dem offenen Überfall 2022 schnellte die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt der Ukraine auf über 80 Prozent hoch.²¹

Abbildung 5: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum NATO-Beitritt



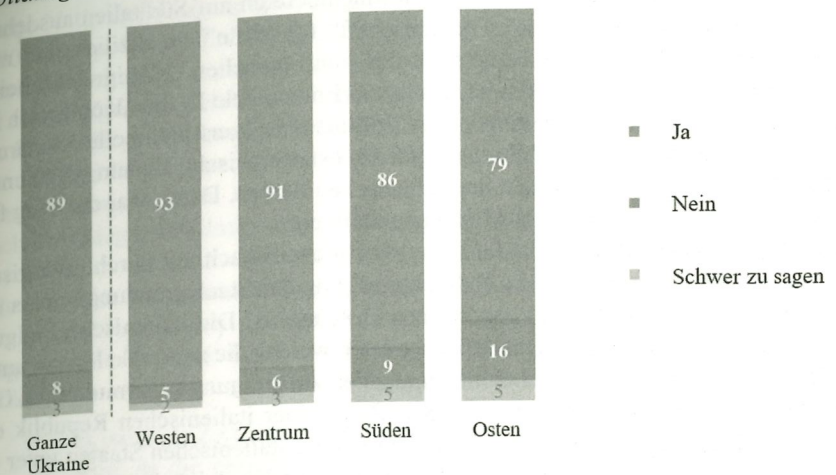
Quelle: Anna Anisimova: *Ukraine and NATO – Evidence from Public Opinion Surveys*, 30.10.2023, <<https://freepolicybriefs.org/2023/10/30/ukraine-nato-public-opinion/>>.

Eine Umfrage von 2023 ermittelte, dass selbst im Osten des Landes eine überwältigende Mehrheit von 79 Prozent das Land gerne in der NATO sähe, landesweit waren es sogar 89 Prozent. Auch hier gilt die Einschränkung, dass wegen der kriegsbedingten Migration und der Einberufungen repräsentative Umfragen kaum noch möglich sind und in den besetzten Gebieten fast gar keine Menschen mehr befragt werden können.²²

²¹ Anna Anisimova: *Ukraine and NATO – Evidence from Public Opinion Surveys* (30.10.2023) <<https://freepolicybriefs.org/2023/10/30/ukraine-nato-public-opinion/>>.

²² Eduard Klein, Heiko Pleines: *Public Opinion Research in Ukraine Under Wartime Conditions*, in: *Ukrainian Analytical Digest*, 6/2024, S. 2–4.

Abbildung 6: Einstellung zum NATO-Beitritt in den ukrainischen Regionen 2023



Quelle: Anton Hrushetskyi: *Attitude towards Ukraine's accession to NATO and security guarantees*, 10.7.2023, <www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1258>

Die Orange Revolution, der Euromaidan und Russlands offener Überfall auf die Ukraine haben einen sehr breiten gesellschaftlichen Konsens über eine unabhängige ukrainische Nation erzeugt. Das West-Ost-Gefälle ist abgelöst worden durch eine überregionale Zustimmung zur Staatlichkeit, die das Überleben der Nation sichern soll. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Ausprägungen der ukrainischen Identität. Im Donbass spielt in dieser Hinsicht etwa die literarische Produktion von Serhij Zhadan und Ljuba Jakymčuk eine wichtige Rolle. Beide beschreiben den Donbass in ihren Werken in einer dezidiert ukrainischen Stilistik als Kulturlandschaft.²³

Die italienische Einigung als Vorbild für die Ukraine

Die Dynamik der ukrainischen Nationsbildung erinnert stark an die italienische Einigung. Auch hier gab es eine Region, nämlich das Piemont, das sich als „Wiege“ der italienischen Nationsbildung verstand. Durch eine geschickte Bündnispolitik dehnte die politische Führung des Königreichs Piemont-Sardinien zwischen 1859 und 1870 seine politischen Ideale auf das neu geschaffene Königreich Italien aus. In einem Geheimgespräch in Plombières am 21. Juli 1858 hatte sich Camillo Cavour, der Premierminister des Königreichs Piemont-Sardinien, die Unterstützung Napoleons III. beim Kampf gegen die österreichischen Besatzer in der Lombardei gesichert. Bereits einige Jahre zuvor hatte Piemont-Sardinien ein kleines Kontingent in den Krimkrieg entsandt und sich so Frankreich als treuer Bündnispartner empfohlen. Nach militärischen Erfolgen gegen Österreich, die sich einer energischen französischen Unterstützung verdankten, annektierte

²³ Oleksandr Zabirko: *The Donbas: A Region and a Myth*, in: Olena Palko, Manuel Férez Gil (Hg.): *Ukraine's Many Faces. Land, People, and Culture Revisited*. Bielefeld 2023, S. 331–344.

Piemont-Sardinien die Lombardei sowie die Fürstentümer Parma, Modena, Reggio und Toskana. Der König von Piemont-Sardinien verbündete sich mit dem Revolutionär Giuseppe Garibaldi, der den piemontesischen Machtbereich auf Süditalien ausdehnte. 1860 landete Garibaldi mit seiner „Tausendschaft“ („I Mille“) in Sizilien und marschierte danach auf Neapel, die Hauptstadt des bourbonischen „Königreichs beider Sizilien“. Am 17. März 1861 proklamierte Vittorio Emanuele II. das „Königreich Italien“, das nach piemontesisch-sardinischem Vorbild eine konstitutionelle Monarchie war. 1866 eroberte das Königreich Italien auch das österreichische Veneto, 1870 unterlag schließlich auch der Kirchenstaat der italienischen Armee. Damit war der Weg frei, Rom zur Hauptstadt des Königreichs Italien zu erklären.²⁴

Es ist wichtig zu sehen, dass der italienische Staat nicht einfach nur durch militärische Eroberung entstand. Die italienische Nationalidee ging der Staatsgründung voraus und war der entscheidende Motor des historischen Geschehens. Die italienische Einigung wurde durch wichtige politische Denker vorbereitet, welche die nationale Idee in unterschiedlichen, aber grundsätzlich übereinstimmenden Ausprägungen formulierten. Giuseppe Mazzini setzte sein Leben für die Schaffung einer italienischen Republik ein, Vincenzo Gioberti träumte von einer Konföderation der italienischen Staaten unter der Führung des Papstes, Carlo Cattaneo verfolgte ein liberales, laizistisches Projekt und schlug eine italienische Föderation vor. Alle Richtungen konnten sich auf den gemeinsamen Nenner eines italienischen Nationalstaats einigen. Einige Gräben blieben allerdings bestehen. Mazzini und Cattaneo konnten sich nicht mit der monarchistischen Staatsform Italiens abfinden. Garibaldi verzieh Camillo Cavour nie, dass er Nizza, die Geburtsstadt des Revolutionärs, an Frankreich abgetreten hatte. Die Koalition von König Vittorio Emanuele II. und dem Republikaner Garibaldi blieb bis zuletzt prekär.

Die italienische Einigung galt schon im späten 19. Jahrhundert Vordenkern der ukrainischen Nation als Vorbild – und Galizien sollte das „ukrainische Piemont“ werden. Der Nationalhistoriker Mychajlo Hrusčevs'kyj verfasste einen Artikel mit dem Titel „Ukrainisches Piemont“ (1906), nachdem Zar Nikolaj II. 1905 das sogenannte Oktobermanifest erlassen hatte, das Russland auf den Weg zu einer konstitutionellen Monarchie brachte. Hrusčevs'kyj war auch als österreichischer Professor an der Universität Lemberg bewusst Untertan des russischen Zaren geblieben. Er betrachtete die Staatsbürgerschaft als etwas, das der Zugehörigkeit zur ukrainischen Nation deutlich nachgeordnet war. Hrusčevs'kyj hoffte 1906 auf eine Lockerung der russischen Zensur und eine Intensivierung des geistigen Austausches zwischen den verschiedenen ukrainischen Gebieten. Er glaubte, dass die „österreichische“ und die „russische Ukraine“ sich zu einer einheitlichen Kulturnation entwickeln würden. Galizien würde den Anstoß zu einer solchen ukrainischen Einigung geben.

Noch früher hatten patriotische Polen von einem „galizischen Piemont“ gesprochen. Sie hatten jedoch selbstverständlich nicht die Gründung eines ukrainischen Staats im Sinn, sondern die Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit.²⁵ Während die Polen im österreichischen Galizien gute Bedingungen vorfanden, war die Situation für die Ruthenen, wie die Ukrainer im Habsburgerreich genannt wurden, wesentlich ungünstiger. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Ukrainer keine eigene Universität, sondern nur

²⁴ Indro Montanelli: *L'Italia del Risorgimento. 1831–1861*. Milano 2010.

²⁵ Serhij Plochy: *Unmaking Imperial Russia. Mykhailo Hrushevsky and the Writing of Ukrainian History*. Toronto, Buffalo, London 2005, S. 48f.

eine Reihe von Lehrstühlen für ukrainische Sprache, Literatur und Geschichte an der Universität Lemberg. Die unierte Kirche begann erst eine wichtige Rolle für die ukrainische Nationsbildung zu spielen, nachdem Andrej Ščepčyc'kyj (1865–1944) im Jahr 1900 Metropolit und Erzbischof von Lemberg geworden war. Zuvor hatten führende Persönlichkeiten der unierten Kirche wie Ivan Naumovyč (1826–1891) in Abgrenzung zur Habsburgermonarchie prononciert russophile und proorthodoxe Positionen vertreten. Der wichtigste Beitrag der unierten Kirche zur Idee der ukrainischen Nation erfolgte erst während der Sowjetzeit, als die Kirche verboten und ihre Aktivitäten in den Untergrund gedrängt wurden.

Nach dem Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg entwickelte sich ein regelrechter Wettbewerb um die Rolle des wahren „Piemonts“ für die ukrainische Staatlichkeit. Die traditionelle Idee des „ukrainischen Piemonts“ in Galizien, das nun zur neu gegründeten Zweiten Polnischen Republik gehörte, wurde von den ukrainischen Revolutionären in Frage gestellt. Im April 1924 erschien in der führenden Zeitung der Sowjetukraine ein Artikel, in dem die Piemont-Rhetorik umgekehrt wurde:

Es gab eine Zeit, in der Galizien als „Piemont“ der ukrainischen Kultur diente. Jetzt, da die ukrainische Kultur im „kultivierten“, „europäischen“ Polen erstickt, hat sich ihr Zentrum natürlich in die Ukrainische SSR verlagert.²⁶

Nun waren es die ukrainischen Nationalbolschewiki, die bewusst eine „Piemont-Politik“ betrieben und in ihrer Propaganda die wahre Heimat der Ukrainer in der neu gegründeten Sowjetukraine anpriesen. Erleichtert wurde diese neue Rhetorik durch die gewaltsame „Pazifizierungs“-Politik der polnischen Regierung, die sich gegen die ukrainische Bevölkerung in Galizien richtete. Bereits 1929 erkundigte sich Stalin bei einem Treffen mit ukrainischen Schriftstellern nach der Möglichkeit einer Vereinigung Galiziens mit der Sowjetukraine. Der Diktator hielt fest, dass Galizien vor der Revolution das politische und kulturelle Zentrum der ukrainischen Bewegung gewesen sei und wollte wissen, ob die sowjetukrainischen Intellektuellen nun die Führung übernommen hätten. Die Schriftsteller beeilten sich, dem Diktator zu bestätigen, dass Galizien zwar früher als „Piemont der ukrainischen Kultur“ betrachtet worden sei, nun aber das Gegenteil zutrefte. Stalin fragte weiter, ob die Galizier die ukrainische Sprache der Sowjetukraine verstünden. Die Antwort an den Tyrannen lautete: „Sie können Galizien mit der Ukraine vereinigen – die Galizier verstehen uns.“ Damit war der Grundstein für das geheime Zusatzprotokoll zum Molotov-Ribbentrop-Pakt zehn Jahre später gelegt, in dem Galizien der Sowjetukraine zugeschlagen wurde.²⁷

Die sowjetische Piemont-Politik versuchte, in Ostpolen einen ukrainischen Irredentismus zu fördern. Auch hier diente die italienische Einigung als Vorbild: Die 1861 noch unter österreichischer Herrschaft verbliebenen italienischen Gebiete im Trentino und Istrien galten als „terre irredente“ (unerlöste Gebiete). 1930 wurde in Husjatyn auf der sowjetischen Seite des Grenzflusses Zbruč eine klassizistische Kolonnade errichtet, um Ukrainer aus dem „imperialistischen Polen“ zu begrüßen und den Anspruch auf ein besseres Leben in der Sowjetukraine zu unterstreichen. Das sowjetische „Piemont-Prinzip“ wurde jedoch bald durch antiukrainische Maßnahmen konterkariert.

²⁶ Terry Martin: *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*. Ithaca, London 2001, S. 8.

²⁷ Ebd., S. 274, 281.



Kolonnade in Husjatyn als Eingang zum sowjetischen Piemont

Dazu gehören der Holodomor, die durch die Kollektivierung der Landwirtschaft ins Werk gesetzte Hungersnot mit Millionen Opfern in der Ukraine, sowie die Hinrichtung der ukrainischen Intelligenz im Jahr 1937, deren ermordete Vertreter in der Ukraine als „erschossene Renaissance“ bezeichnet werden.²⁸

In der Zwischenkriegszeit verschärften sich die Konflikte zwischen ukrainischen Nationalisten und dem polnischen Staat auch in Galizien. Ukrainische Terroristen verübten zahlreiche Sabotageakte und ermordeten 1934 den polnischen Innenminister. Der Vordenker und Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), Stepan Bandera, wurde in Warschau inhaftiert. Die gewaltsame „Pazifizierung“ der galizischen Ukrainer erwies sich als schicksalhaft erfolgreich: Der autoritäre polnische Staat hatte die ukrainische Identität in Galizien dadurch zwar nachhaltig geschwächt. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg und dem gewaltsamen Anschluss der ukrainischen Gebiete in Ostpolen wurde das sowjetukrainische irredentistische Programm imperial erfüllt.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 gewann Hruševs'kyjs alte „Piemont“-Idee in neuer Gestalt Bedeutung. Galizien sollte nun nicht mehr Ausgangspunkt für die Gründung eines ukrainischen Staats sein, sondern für die Ausbreitung einer nationalen Idee auf den bestehenden Staat.

Besonders prominent formulierte der sowjetische Dissident und ukrainische Politiker V'jačeslav Čornovil die Überzeugung, dass die gesamte Ukraine so werden müsse wie

²⁸ Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR. Berlin 2004. [= OSTEUROPA, 12/2004]. – Anne Applebaum: Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine. München 2019. – Ulrich Schmid (Hg.): Ukrainische Literaturgeschichte. Berlin 2025, S. 234–238. – Sergej Lebedev: Wenn die Gräber sprechen. Sandarmoch – Gedenkort kolonialer Gewalt, in: OSTEUROPA, 6–8/2022, S. 117–134.

Galizien bereits sei. Bei der Gründung der „Galizischen Versammlung“ am 16. Februar 1991 begründete er die angestrebte Vorbildrolle für die ukrainische Nationsbildung so:

Wir erklären verantwortungsbewusst, dass Galizien sich ausschließlich als Teil des ukrainischen Staates definiert . . . Und wir möchten nicht, dass man uns zu einer Entscheidung zwingt. Wird ein nationalstaatlicher Kurs eingeschlagen, dann entfällt die Besonderheit Galiziens und seine gewisse politische Eigenart – dann wird Galizien nur noch ein geographischer Begriff sein, vielleicht noch der Name eines Bundeslandes in einer möglichen zukünftigen Landesordnung eines unabhängigen ukrainischen Staates . . . Galizien steht nicht für sich allein, Galizien ist nicht selbstgenügend, Galizien ist heute die letzte Festung der ukrainischen Nation, die wir nicht aufgeben dürfen und auch nicht aufgeben werden.²⁹

Diese Hoffnung wurde jedoch bald durch das starke regionale Selbstverständnis in anderen Regionen der Ukraine enttäuscht. Weder im Donbass noch in Poltava oder Cherson wollten die Ukrainer wie Galizier werden. Umgekehrt machte sich in Galizien ein ausgeprägter Exzeptionalismus breit, der sich etwa in den literarischen Werken von Jurij Andruchovyč oder Jurij Vynnyčuk prominent niederschlug. In dieser Selbstbeschreibung wurde Galizien zur Region der Ukraine mit dem am stärksten ausgeprägten Nationalbewusstsein und gleichzeitig zur „europäischsten“ Region der Ukraine. Bei einer Umfrage im Jahr 2003 unterstützte ein Drittel der Befragten in Lemberg die Idee eines souveränen galizischen Nationalstaates.³⁰ Diese Stimmung sollte im folgenden Jahrzehnt ihren Höhepunkt erreichen.³¹

Es war ausgerechnet Präsident Leonid Kučma, der die Schaffung einer ukrainischen Nation in prominenter Weise mit dem italienischen Modell verband. Im Jahr 2001 hatte der sogenannte „Kassetenskandal“ sein Ansehen schwer beschädigt. Er geriet in den Verdacht, die Ermordung des unabhängigen Journalisten Heorhij Gongadze in Auftrag gegeben zu haben. Die Empörung war so groß, dass bei einem Gipfeltreffen die amerikanische Delegation auf der französischen Orthographie für die Ländernamen insistierte, damit George W. Bush nicht neben Kučma sitzen musste.³² Möglicherweise wollte Kučma in diesen Jahren verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen und sich als ukrainischer Patriot positionieren. Er vollzog in einem gewissen Sinne persönlich jene nationale Emanzipation zuerst vom sowjetischen und dann vom russländischen Staat. Genau diese Entwicklung erwartete er anschließend auch vom ukrainischen Staatsvolk. 2003 erschien unter seinem Namen in einem Moskauer Verlag ein Buch in einer russischen und einer ukrainischen Ausgabe mit dem programmatischen Titel *Die Ukraine ist*

²⁹ V'jačeslav Čornovil: Vystup na I sesiji Halyc'koji asambleji 16 ljutoho 1991 r., in: V'jačeslav Čornovil: Tvory v desjati tomach. Tom 7. Kyjiv 2011, S. 208–215, S. 215.

³⁰ Rjabčuk, Dvi Ukrajinjy [Fn. 10], S. 209.

³¹ Eleonora Narvselius: Collective memories and „blank spots“ of the Ukrainian past as addressed by the L'viv intellectuals, in: B. Törnquist Plewa, Niklas Bernsand (Hg.): Painful pasts and useful memories: Remembering and forgetting in Europe. Lund 2012, S. 51–72.

³² Michael McFaul: Internal and External Factors in Ukraine's 2004 Democratic Breakthrough, in: Valerie Bunce, Michael McFaul, Kathryn Stoner-Weiss (Hg.): Democracy and Authoritarianism in the Postcommunist World. Cambridge 2010, S. 189–225, 195, 211.

nicht Russland.³³ Sehr früh kamen Zweifel an seiner Autorschaft auf. Wahrscheinlich fügte Kučma dem Text selbst nur familiäre Einzelheiten seiner Autobiographie hinzu.³⁴ Wichtig ist aber, dass Kučma persönlich für die in diesem Buch bezogenen Positionen einstand. Bereits im ersten Kapitel zitierte er den berühmten Ausspruch aus dem Risorgimento: „Wir haben Italien geschaffen, nun müssen wir noch die Italiener erschaffen.“ Fälschlicherweise schrieb er dieses Zitat Camillo Cavour zu.³⁵ Kučma wurde – wie der Ich-Erzähler im Buch schreibt – am „Dreiländereck zwischen Ukraine, Belarus und Russland“ geboren. Als Jugendlicher habe er nicht gewusst, ob er Ukrainer, Belaruse oder Russe sei.³⁶ In der Sowjetukraine absolvierte er eine steile Doppelkarriere im Parteiapparat und in der Rüstungsindustrie in Dnipropetrovsk. Dabei habe er den „supranationalen Geist“ dieses Ortes in sich aufgesogen.³⁷ In der unabhängigen Ukraine positionierte er sich als gemäßigter Politiker, der für einen Ausgleich zwischen den russischsprachigen und den ukrainischsprachigen Ukrainern eintrat. Im Buch *Die Ukraine ist nicht Russland* bezeichnete er Vorstöße zur Anerkennung des Russischen als zweiter Staatssprache als verfrüht. Er befürchte für diesen Fall eine faktische „Russifizierung der Ukraine“.³⁸ Das Modell, das hier aufscheint, ist ein ukrainischer Nationalstaat, in dem es zwar Raum für eine russische Kulturautonomie gibt, die aber deutlich der ukrainischen Titularnation nachgeordnet ist.

Ein Nationsmodell mit unterschiedlichen regionalen Interpretationen

Die 2010er Jahre waren entscheidend für die Durchsetzung eines übergreifenden ukrainischen Nationsmodells, das aber auf verschiedene Weise begründet wurde, entweder ethnolinguistisch oder staatsbürgerlich. In der Orangen Revolution hatte sich zwar der politische Führungsanspruch der Westukraine deutlich gezeigt, allerdings kam es in der Folge zu Korrekturen, in denen sich auch Initiativen aus anderen Regionen durchsetzten. Präsident Viktor Jušenko, der aus Sumy stammt, und Premierministerin Julija Tymoschenko, die in Dnipro verwurzelt ist, verfolgten gegen Ende der 2000er Jahre beide eine proeuropäische Politik, behinderten sich aber gegenseitig durch rivalisierende Führungsansprüche. Als lachender Dritter konnte der Wahlbetrüger von 2004, Viktor Janukovyč aus Donec'k, im Jahr 2010 in den Präsidentenpalast einziehen. Erst während des Euromajdan 2013/2014, der auch in vielen ostukrainischen Städten stattfand, setzte sich ein übergreifendes Nationsprojekt durch, das zwar regional unterschiedlich interpretiert wurde, aber in weiten Teilen der Ukraine zustimmungsfähig war. Einschränkend muss gesagt werden, dass auch diese Bewegung nicht ohne Reaktion

³³ Leonid Kučma: *Ukraina ne Rosija*. Moskva 2003. – Leonid Kučma: *Ukraina ne Rossija*. Moskva 2003.

³⁴ Aleksandr Gorjanin: *Nepročitannoe poslanie Leonida Kučmy*, in: *Otečestvennye zapiski*, 34/2007, S. 8–24.

³⁵ Der Ausspruch tauchte bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts in den italienischen Debatten auf. – Stephanie Malia Hom: *On the Origins of Making Italy: Massimo D'Azeglio and „Fatta l'Italia, bisogna fare gli Italiani“*, in: *Italian Studies*, 31/2013, S. 1–16.

³⁶ Kučma, *Ukraina – ne Rossija* [Fn. 33], S. 28 und S. 372.

³⁷ Andrii Portnov: *Dnipro. An Entangled History of a European City*. Boston 2022, S. 298.

³⁸ Kučma, *Ukraina – ne Rossija* [Fn. 33], S. 293.

blieb. In vielen ostukrainischen Städten fanden Anti-Majdan-Kundgebungen statt.³⁹ Heute ist bekannt, dass Provokateure aus Russland versuchten, diese Proteste für sich zu vereinnahmen. Erfolgreich waren die Kreml-Agenten jedoch nur dort, wo sich ihnen kaum Widerstand entgegenstellte.⁴⁰ Gleichwohl hatte der Euromajdan zumindest in Teilen des Donbass zur Folge, dass viele Menschen sich von der Ukraine abwendeten. In Donec'k hatten im Jahr 2010 bei Umfragen noch über 50 Prozent der Respondenten erklärt, sie sähen sich als „Staatsbürger der Ukraine“, im Jahr 2015 taten unter zehn Prozent dies kund.⁴¹

Die Annexion der Krim sowie die zunächst verdeckte und seit 2022 offene russische Aggression haben die politischen Debatten in der Ukraine auf neue Wege gelenkt. Bogdan Kolesnyk unterscheidet in einer Arbeit über ukrainische Reformprojekt verschiedene Narrative, die seit 2014 in der öffentlichen Debatte wichtiger werden als der Diskurs über die regionalen Identitäten.⁴²

Das Modernisierungsnarrativ betont die Überwindung der sowjetischen Vergangenheit. Die Modernisierer formulieren ein radikales Reformprogramm, das Werte wie Freiheit, Wettbewerb und Meritokratie betont. Das waren klassische Topoi eines Programms einer Verwestlichung der Ostukraine. Nach 2014 und erst recht nach 2022 hat aber dieses Programm seine regionale Bedeutung weitgehend eingebüßt, weil einerseits das Modernisierungsnarrativ nicht mehr in besonderer Weise an Galizien geknüpft ist und weil andererseits jene Region, die explizit für ein anderes Modell stand, durch die russische Besatzung weggefallen ist. Die Modernisierer sehen sich als Erneuerer einer „westlichen“ (westeuropäischen) Tradition, die sich im „Westen“ bereits in der Krise befinde. Davon würden in Europa u.a. ein überbordender Sozialstaat und von Minderheiten angezettelte „Kulturkriege“ zeugen. Diese Position vertreten etwa Zelens'kyjs Partei *Sluha Narodu* oder die Partei *Holos* des Rockstars Svjatoslav Vakarcuk.

Während die Modernisierer vor allem Zukunftsvisionen entwerfen, beschwören die Verfechter eines nationalen Narrativs die Vergangenheit. Sie behaupten, dass es einen vitalen Zusammenhang zwischen dem historischen Freiheitskampf der Ukraine und der Gegenwart gebe, in der eine nationale Identität erst noch geschaffen werden müsse. Diese nationale Identität beruht auf der ukrainischen Sprache, nationalem Heldentum und religiösen Bindungskräften. Im Verteidigungskrieg gegen Russland hat dieses Narrativ seine regionale Bindung verloren und in der gesamten Ukraine an Bedeutung gewonnen. Die wichtigste Aufgabe des Staates besteht aus dieser Sicht in der Institutionalisierung der nationalen Identität. Während die Modernisierer die Geschichte überwinden wollen, betonen die Repräsentanten dieses nationalen Narrativs die Kontinuität der Geschichte.

³⁹ Dazu die Chronik: *Besetzungen öffentlicher Gebäude in der Ostukraine*, in: *Zerreißprobe. Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg*, in: *OSTEUROPA*, 5–6/2014, S. 149–156.

⁴⁰ Serhiy Kudelia: *Seize the City, Undo the State. The Inception of Russia's War on Ukraine*. Oxford 2025. – Nikolay Mitrokhin: *Transnationale Provokation. Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine*, in: *OSTEUROPA*, 5–6/2014, S. 157–174.

⁴¹ Evgenii Golovakha, Kateryna Ivashchenko-Stadnik, Oksana Mikheieva, Viktoriya Sereda: *From Patronalism to Civic Belonging: The Changing Dynamics of the National-Civic Identity in Ukraine*, in: *Ukraine's Patronal Democracy and the Russian Invasion: The Russia-Ukraine War. Volume One*. Budapest, New York 2023, S. 297–330, S. 306.

⁴² Bogdan Kolesnyk: *Political Visions of Ukraine: Models of the Common Future*. Budapest, Wien 2026.

Die ehemaligen Präsidenten Viktor Juščenko und Petro Porošenko sind die prominentesten Vertreter dieser Position.

Sowohl mit dem Modernisierungsnarrativ als auch mit dem nationalen Narrativ ist ein Wertekatalog verbunden, der für den einzelnen Citoyen und letztlich für die ganze Gesellschaft verbindlich sein soll. Die Ukraine ist allerdings ein Staat mit einer heterogenen Bevölkerung. Dies ist der Ausgangspunkt der Vertreter eines republikanischen Narrativs. Sie gehen von der Tatsache aus, dass in der Ukraine mehrere Sprachen gesprochen werden, viele Regionen über eigene historische Identitäten verfügen und die Menschen unterschiedlicher Konfession sind. Die Verfechter eines republikanischen Narrativs wollen die ukrainische Gesellschaft deshalb auf ein Regelwerk verpflichten, das diese Vielheit ordnet, Vertrauen schafft und Zusammenarbeit ermöglicht. Mitgliedschaft in der politischen Nation beruht demnach auf der Akzeptanz gemeinsamer Prinzipien, die sich in Institutionen ausdrücken und im Dialog weiterentwickelt werden. Die ukrainische Staatsbürgerschaft lässt sich deswegen nicht kulturell definieren, sondern ist Ausdruck eines Konsenses über politische Entscheidungsverfahren. Diese Position steht selten im Scheinwerferlicht und wird vor allem von Intellektuellen wie dem Philosophen Volodymyr Jermolenko kultiviert. Jermolenko verweist etwa auf das staatsbürgerliche Engagement für die Republik, für die gemeinsame Sache:

Außerdem stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Staat: In vielen europäischen Ländern ist der Staat so stark, dass er schwach ist. Die Bürger verlassen sich so sehr auf den Staat, dass sie in Krisensituationen sehr schwach sein können, weil sie kein so ausgeprägtes Gefühl von individueller Eigenverantwortung haben wie die Ukrainer. Das zeigt das Phänomen ukrainischer zivilgesellschaftlicher Initiativen wie „Komm lebendig zurück“, die eine Milliarde Dollar Spenden von ganz normalen Bürgern gesammelt haben.⁴³

Diese drei Positionen wurden vor 2022 durch zwei andere Denkschulen herausgefordert, die allerdings unter den Bedingungen des Krieges an Überzeugungskraft eingeübt haben. Die erste ist das libertäre Denken. Ihre Vertreter misstrauen den Glücksversprechen, die mit der Betonung von Modernisierungschancen, der Besinnung auf die Nation oder dem Vertrauen auf staatsbürgerliche Tugenden einhergehen. Die Moderne, die diese Glücksversprechen hervorgebracht hat, sei bereits selbst altersschwach geworden und könne nicht mehr angemessen auf die Herausforderungen der Gegenwart reagieren. Alle „sozialen Experimente“ – ob sozialistisch, nationalistisch oder liberal – seien gescheitert und hätten zu Unfreiheit und gesellschaftlichem Niedergang geführt. Deshalb müsse man zu libertären Positionen zurückkehren. Die Elite müsse sich einem harten Wettbewerb stellen, die Bevölkerung solle den Anweisungen dieser neuen Aristokratie folgen. Der Staat müsse sich aus dem Wirtschaftsleben heraushalten. Der wirtschaftlichen Initiative des Einzelnen solle die breiteste Freiheit eingeräumt werden, vor allem gegen die Übergriffe des westlich geprägten Sozialstaates. Der ehemalige Präsidentenberater Oleksij Arestovych verhalf diesem Denken zu einiger Aufmerksamkeit. Nach seinem Rückzug aus der operativen Politik und der Öffentlichkeit hat es an Bedeutung verloren.

⁴³ Volodymyr Jermolenko: Naša naibil'sha nebezpeka – ce znevira, in: Naš vybir, 22.12.2025, <<https://naszvybir.pl/volodymyr-yermolenko/>>

Ebenfalls auf dem Rückzug befindet sich das neosowjetische Narrativ, das von einem nostalgischen Blick auf den Staatssozialismus geprägt ist. Regional war dieses Konzept stark in der Ostukraine verankert. Aus dieser Sicht kann nur ein starker Staat dem globalen Kapitalismus Widerstand leisten und die verfügbaren Ressourcen gerecht unter den Bürgern verteilen. Verfechter dieser Vorstellung unterstreichen die Bedeutung eines souveränen Machtzentrums, das die Wirtschaft steuern müsse. Außenpolitisch müsse der Staat selbstbewusst auftreten. Solche Ideen teilten vor Russlands Überfall vor allem Angehörige der älteren Generation. Es wurde von Parteien und Medien verbreitet, die von Oligarchen aus der ukrainischen Schwerindustrie wie Rinat Achmetov finanziert wurden.⁴⁴

Nach Russlands Überfall haben sich die politischen Debatten in der Ukraine entscheidend verändert. Der regionale Faktor ist in den Hintergrund getreten. Das libertäre und das neosowjetische Modell haben ausgedient. Die Modernisierer um Zelens'kyj dominieren unter den Bedingungen eines Burgfriedens die politische Agenda. Gleichzeitig haben auch das nationale und das republikanische Narrativ an Bedeutung gewonnen. Der Krieg stärkt sowohl die patriotische Tradition des Freiheitskampfes als auch die republikanische Geschlossenheit des Staatsvolks. Es ist allerdings absehbar, dass diese künstliche Einheit nach einem allfälligen Waffenstillstand neuen Diskussionen Platz machen wird.

Die ukrainische Nationsbildung hat sich durch den zunächst verdeckten und seit 2022 offenen russländischen Angriffskrieg beschleunigt und verstärkt. Allerdings wird sie nicht zu einem Abschluss kommen. Die ukrainische Nation ist wie jede andere ein „tägliches Plebiszit“ (Ernest Renan), das heute positiv und morgen negativ ausfallen kann. Der Historiker Serhii Plochyk weist darauf hin, dass die Nationsbildung der Ukraine zwar nach dem Ersten Weltkrieg einem ethnolinguistischen Modell folgte, sich aber historisch anders entwickelt habe. Allerdings ist seine Schlussfolgerung möglicherweise zu stark von einem Wunschbild geprägt:

Die Menschen sind sich ihrer Einheit bewusst, trotz unterschiedlicher Religionen, Sprachen und Ethnien. Heute haben wir in der Ukraine eine klassische politische Nation. Im Krieg sprechen wir sowohl Ukrainisch als auch Russisch. Aber wir sind uns bewusst, dass wir geeint sind.⁴⁵

Schlagwörter:

Ukraine, Regionalismus, Galizien, Donbass, Nationalismus

⁴⁴ Zu Achmetov und den anderen Oligarchen Heiko Pleines: Unter Druck, aber nicht am Ende. Ukrainische Oligarchen in Zeiten des Krieges, in diesem Band, S. 235–245.

⁴⁵ Volodymyr Konoševyč: Serhii Plochij – pro vijnu mifiv, narodžennja naciji ta zaboronu mov, in: Bird in Flight, 2.2.2023, <<https://birdinflight.com/portret-uk/20230202-sergij-plohiy.html>>.